



Leopard 2 auf Krauss-Maffei-Testgelände: Bis zu zehn Milliarden Euro könnte der Verkauf von 800 Panzern an Saudi-Arabien einbringen. Nicht nur Oppositionspolitiker fürchten, dass das Kriegsgerät zur Unterdrückung demokratischer Bewegungen eingesetzt werden könnte. Foto: dpa

Allgemeine Entrüstung

Waffenhandel Saudi-Arabien hat Interesse an deutschen Leopard-Panzern. Nicht nur wegen der Menschenrechte sind viele in der Koalition gegen das Geschäft. Doch es gibt auch Befürworter

VON DOMINIK MAI

Augsburg Während in New York bei einer UN-Konferenz über den globalen Waffenhandel diskutiert wird, wächst in Deutschland die Kritik an einem großen Geschäft. Es geht um bis zu 800 Kampfpanzer vom Typ Leopard 2, an denen Saudi-Arabien interessiert sein soll. Bis zu zehn Milliarden Euro könnte der Deal mit dem autoritär regierten Königreich der Rüstungsindustrie in die Kassen spülen. Allen voran dem Münchner Konzern Krauss-Maffei Wegmann, der den „Leo“ baut. Doch offiziell bestätigt ist das Geschäft noch nicht. Sowohl Bundesregierung als auch die Waffenschmiede schweigen. In der Opposition lösen die Gerüchte mehr und mehr Empörung und in der Koalition Unruhe aus.

Medienberichten zufolge sollen die Panzer über Spanien nach Saudi-Arabien kommen. Das Unternehmen Santa Bárbara stellt dort unter Lizenz den deutschen Leopard 2 her und könnte ihn auch speziell für den Einsatz in Wüstengebieten umrüsten. Entwickelt hat ihn die Münchner Panzerschmiede Krauss-Maffei Wegmann. Sie gilt als sehr verschwiegene Unternehmen. Doch weil es innerhalb des Konzerns rumort, dringen seit einigen Wochen immer wieder Informationen an die Öffentlichkeit. Der Miteigentümer Burkhardt von Braunbehrens hatte in diversen Medien wiederholt den Verkauf von Leopard-2-Kampfpanzern nach Saudi-Arabien scharf

attackiert. In einem Interview sagte er, Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien seien „Wahnsinn“. Laut *taz* wählten die Eigentümer Braunbehrens deshalb aus den Aufsichtsgremien ab. Krauss-Maffei Wegmann äußert sich dazu nicht. Ein Sprecher sagte lediglich, dass es bisher noch keinen offiziellen Auftrag für das Milliardengeschäft gebe.

Auch die Bundesregierung bestätigte den Panzerdeal bislang nicht. „Dazu nehmen wir grundsätzlich keine Stellung“, sagte Vize-Regierungssprecher Georg Streiter. Medienberichten zufolge soll es innerhalb der Regierung erhebliche Widerstände geben. Während sich im Wirtschaftsministerium Befürworter fänden, signalisierten das Bundeskanzleramt sowie das Außen- und das Verteidigungsministerium Ablehnung.

Auch SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sprach sich gegen das Milliardengeschäft mit Saudi-Arabien aus. Deutschland dürfe keine Waffen liefern, die dann zur Unterdrückung demokratischer Bewegungen eingesetzt werden, sagte er kürzlich in einem Interview. Auch in der Koalition wächst der Widerstand. CSU-Chef Horst Seehofer sagte in der *Bild am Sonntag*: „Zu der Lieferung von U-Booten an Israel sage ich eindeutig ja, zu Panzer-Exporten in den arabischen Raum bin ich eher skeptisch.“

CSU-Abgeordneter verweist auf bayerische Arbeitsplätze

Doch nicht alle Unionspolitiker lehnen das Panzergeschäft generell ab. Der Münchner CSU-Bundestagsabgeordnete Florian Hahn, der früher selbst bei Krauss-Maffei Wegmann

gearbeitet hat, sieht in einem möglichen Milliardendeal vor allem Vorteile für Bayern – schließlich seien etwa ein Drittel der 80 000 Arbeitsplätze der Rüstungsindustrie im Freistaat. „Dieses Geschäft würde bei Krauss-Maffei Wegmann 2000 Arbeitsplätze eine Dekade lang sichern“, sagte Hahn unserer Zeitung. Deutschland habe enge wirtschaftliche Verbindungen mit dem Land. „Saudi-Arabien ist ein wichtiger Partner, der in der Region für Stabilität sorgt“, sagte Hahn. Solche Waffengeschäfte ermöglichten zudem politischen Einfluss.

Medienberichten zufolge habe der Bundessicherheitsrat den Export bereits vor einem Jahr grundsätzlich gebilligt. Das wäre eine Abkehr von der bisherigen Politik. Bisher galt der Grundsatz, in Spannungsgebiete keine Kriegswaffen zu liefern. Saudi-Arabien wird vor allem wegen der Menschenrechtslage kritisiert. Außerdem war das Königreich im Arabischen Frühling an der Niederschlagung von Protesten im Nachbarland Bahrain beteiligt.

Schon Anfang der 1980er Jahre wollte das Königreich Leopard-Panzer erwerben. Die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) hatte damals jedoch einen entsprechenden Vertrag unter Hinweis auf eine Gefährdung Israels abgelehnt. Auch eine große Mehrheit der Deutschen lehnt ein solches Panzergeschäft ab. In einer Forsa-Umfrage sprachen sich 75 Prozent der Befragten dagegen aus, nur 20 Prozent waren dafür. (mit dpa, apf)

Deutsche Waffenexporte

- **Bundessicherheitsrat** Rüstungsexporte werden in Deutschland vom Bundessicherheitsrat genehmigt, dem ein Teil des Bundeskabinetts angehört. Die Sitzungen sind streng geheim.

- **Rüstungsexportbericht** Genehmigungen werden einmal im Jahr im Rüstungsexportbericht des Wirtschaftsministeriums veröffentlicht – teils Monate, nachdem sie erfolgt sind. Der Bericht wird anschließend vom Parlament diskutiert, die Entscheidungen sind dann nicht mehr zu ändern.

- **Exportrekord** Der Export deutscher Waffen hat 2010 einen Höchststand erreicht. Die Rüstungsindustrie nahm mit dem Verkauf von Panzern, Kriegsschiffen oder Maschinengewehren 2,1 Milliarden Euro ein und damit rund 60 Prozent mehr als 2009.

- **Saudi-Arabien** Das Land steht mit einem Exportvolumen von 152,4 Millionen Euro auf Platz zehn der wichtigsten Zielländer bei den Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter. Geliefert werden unter anderem Gewehre, Pistolen und Munition. (dmai)